

## **Referentenentwurf**

### **des Bundesministeriums des Innern**

#### **Entwurf eines Gesetzes zur gebührenrechtlichen Anpassung des Aufenthaltsgesetzes**

(x – x)

#### **A. Problem und Ziel**

.....

Die Bundesländer beklagen seit längerem, dass die in der Aufenthaltsverordnung für aufenthaltsrechtliche Amtshandlungen festgelegten Gebühren nicht auskömmlich seien, und die kommunalen Haushalte in diesem Bereich jährlich erheblich Defizite zu verzeichnen hätten. Bund und Länder sind daher übereingekommen, belastbar zu ermitteln, ob und inwieweit die einzelnen Gebührentatbestände die tatsächlich anfallenden Kosten der Ausländerbehörden angemessen abbilden. Je nach Gebührentatbestand haben die Kommunen teilweise Überdeckungen, zum größeren Teil aber Unterdeckungen zu verzeichnen. Bezogen auf Amtshandlungen entsteht den Kommunen ausweislich des Projektergebnisses insgesamt ein jährliches Defizit von ca. 12 Millionen Euro.

Um künftig die Gebühren im Ausländerrecht so festlegen zu können, dass sie in ihrer Höhe einerseits die für die jeweiligen Leistungen anfallenden Kosten decken und andererseits die Gebührenschuldner nur im erforderlichen Ausmaße belasten, bedarf es Änderungen der §§ 69 und 70 des Aufenthaltsgesetzes. Die vorgesehenen Änderungen der Verordnungsermächtigung dienen dazu, die gesetzlichen Voraussetzungen für den Verordnungsgeber zu schaffen, notwendige Anpassungen der im Ausländerrecht geltenden Gebühren in der Aufenthaltsverordnung vornehmen zu können. Hierfür werden die für den Verordnungsgeber geltenden Gebührenhöchstgrenzen punktuell angehoben.

Nach Inkrafttreten des Bundesgebührengesetzes am 15. August 2013 ist zudem eine Harmonisierung der gebührenrechtlichen Regelungen des Aufenthaltsgesetzes mit dem Bundesgebührengesetz angezeigt. Für die im Ausländerrecht geltenden Gebühren resultiert das Bedürfnis nach einer bundeseinheitlichen Festlegung insbesondere aus dem gesamtstaatlichen Interesse für gleiche Aufenthalts- und Lebensbedingungen von Ausländerinnen und Ausländer im Bundesgebiet. Aufenthaltsrechtliche Regelungen gelten einheitlich für das gesamte Bundesgebiet. Daraus ergibt sich das Bedürfnis auch die Gebührenfolge im Bund einheitlich zu regeln.

Die Harmonisierung mit dem Bundesgebührengesetz sieht vor, das Kostendeckungsgebot auch bei den Gebühren im Ausländerrecht gesetzlich festzulegen. Hierdurch bedingt sind Folgeänderungen in § 70 des Aufenthaltsgesetzes.

#### **B. Lösung**

Anpassung der im Aufenthaltsgesetz geregelten Höchstsätze für die im Ausländerrecht geltenden Gebühren. Das Vorhaben steht auch im Kontext zu der im Koalitionsvertrag vorgesehenen finanziellen Entlastung der Kommunen.

## **C. Alternativen**

Keine

## **D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand**

.....

Durch die Anpassung der §§ 69 und 70 des Aufenthaltsgesetzes entstehen Bund, Ländern und Kommunen keine Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand.

## **E. Erfüllungsaufwand**

.....

Durch die Anpassung der §§ 69 und 70 des Aufenthaltsgesetzes wird der bestehende Erfüllungsaufwand für die Bürgerinnen und Bürger nicht berührt, da nur die zulässigen Gebührenhöhe punktuell angepasst und eine Harmonisierung der Regelungen mit dem Bundesgebührengesetz vorgenommen wird. Die Systematik der Vorschriften bleibt im Übrigen unverändert. Durch die Anpassung wird daher auch kein Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft und die Verwaltung verursacht. Bürokratiekosten aus Informationspflichten ergeben sich nicht.

## **F. Weitere Kosten**

.....

Den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft entstehen keine sonstigen Kosten. Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

# Referentenentwurf des Bundesministeriums des Innern

## Entwurf eines Gesetzes zur gebührenrechtlichen Anpassung des Aufenthaltsgesetzes

(x – x)

Vom ...

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

### Artikel 1

#### Änderung des Aufenthaltsgesetzes

Das Aufenthaltsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 31. Juli 2016 (BGBl. I S. 1939) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 69 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 und Satz 2 werden jeweils das Wort „**Amtshandlungen**“ durch die Wörter „**individuell zurechenbare öffentliche Leistungen**“ ersetzt.
- b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„(2) Die Gebühr soll die mit der individuell zurechenbaren öffentlichen Leistung verbundenen Kosten aller an der Leistung Beteiligten decken. In die Gebühr sind die mit der Leistung regelmäßig verbundenen Auslagen einzubeziehen. Zur Ermittlung der Gebühr sind die Kosten, die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen als Einzel- und Gemeinkosten zurechenbar und ansatzfähig sind, insbesondere Personal- und Sachkosten sowie kalkulatorische Kosten, zu Grunde zu legen. Zu den Gemeinkosten zählen auch die Kosten der Rechts- und Fachaufsicht. Grundlage der Gebührenermittlung nach den Sätzen 1 bis 4 sind die in der Gesamtheit der Länder und des Bundes mit der jeweiligen Leistung verbundenen Kosten.“

- c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 und Satz 2 wird durch die folgenden Sätze ersetzt :

„Soweit dieses Gesetz und die Rechtsverordnung keine abweichenden Vorschriften enthalten, finden § 3 Absatz 1 Nummer 1 und 4 und Absatz 2 bis 6, die §§ 4 bis 6, § 7 Nummer 1 bis 5 sowie 7, 8 und 10, § 8, § 9 Absatz 3, die §§ 10 und 11, § 12 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 3 sowie die §§ 13 bis 21 des Bundesgebührengesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) entsprechende Anwendung. Die Gebührenfestsetzung kann auch mündlich erfolgen.“

- d) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4 und wird wie folgt geändert:

- aa) In Nummer 5 wird die Angabe „200“ durch die Angabe „220“ ersetzt.
  - bb) Nummer 6 wird wie folgt gefasst:  
„6. für sonstige individuell zurechenbare öffentliche Leistungen: 200 Euro,“
  - cc) Nummer 7 wird wie folgt gefasst:  
„7. für individuell zurechenbare öffentliche Leistungen zu Gunsten Minderjähriger: die Hälfte der für die öffentliche Leistung bestimmten Gebühr,“
  - dd) In Nummer 8 wird die Angabe „60“ durch die Angabe „70“ ersetzt.
  - e) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5 und wird wie folgt geändert:
    - aa) In Satz 2 wird das Wort „Amtshandlung“ durch die Wörter „individuell zurechenbare öffentliche Leistung“ ersetzt.
    - bb) Satz 3 wird wie folgt gefasst: „Gebühreuzuschläge können auch für die individuell zurechenbaren öffentlichen Leistungen gegenüber einem Staatsangehörigen festgesetzt werden, dessen Heimatstaat von Deutschen für entsprechende öffentliche Leistungen höhere Gebühren als die nach Absatz 3 festgesetzten Gebühren erhebt.“
    - cc) In Satz 5 wird die Angabe „Absatz 3“ durch die Angabe „Absatz 4“ ersetzt.
  - f) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 6 und wird wie folgt geändert:
    - aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:
      - aaa) Die Angabe „Absatz 2“ wird durch die Angabe „Absatz 3“ ersetzt.
      - bbb) Das Wort „Amtshandlungen“ wird durch die Wörter „individuell zurechenbarer öffentlicher Leistungen“ ersetzt.
    - bb) In Satz 3 wird das Wort „Amtshandlung“ durch das Wort „öffentliche Leistung“ ersetzt.
    - cc) In Satz 4 wird das Wort „Amtshandlung“ durch die Wörter „öffentlichen Leistung“ ersetzt.
  - g) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 7 und wird wie folgt geändert:
    - aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:
      - aaa) Die Angabe „Absatz 2“ wird durch die Angabe „Absatz 3“ ersetzt.
      - bbb) In Nummer 1 wird das Wort „Amtshandlung“ durch die Wörter „individuell zurechenbaren öffentlichen Leistung“ ersetzt.
      - ccc) In Nummer 2 wird das Wort „Amtshandlung“ durch die Wörter „individuell zurechenbare öffentliche Leistung“ ersetzt.
    - bb) In Satz 2 wird das Wort „Amtshandlung“ durch die Wörter „öffentliche Leistung“ ersetzt.
2. § 70 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Satz 2 wird aufgehoben.
- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

Die Wörter „neben den Fällen des § 20 Abs. 3 des Verwaltungskostengesetzes in der bis zum 14. August 2013 geltenden Fassung auch unterbrochen, solange sich der Kostenschuldner“ werden durch die Wörter „auch unterbrochen, solange sich der Schuldner“ ersetzt.

## **Artikel 2**

### **Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

Das Gesetz tritt am... (einsetzen: Datum des ersten Tages des zweiten auf die Verkündung folgenden Kalendermonats) in Kraft.

## **Begründung**

### **A. Allgemeiner Teil**

#### **I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen**

.....

Um künftig die Gebühren im Ausländerrecht so festlegen zu können, dass sie in ihrer Höhe einerseits die für die jeweiligen Leistungen entstehenden Kosten decken und andererseits die Gebührenschuldner nicht unangemessen belasten, bedarf es Änderungen der §§ 69 und 70 des Aufenthaltsgesetzes. Damit werden die gesetzlichen Voraussetzungen für den Verordnungsgeber geschaffen, entsprechende notwendige Anpassungen der im Ausländerrecht geltenden Gebühren in der Aufenthaltsverordnung vornehmen zu können. Hierfür werden das Kostendeckungsgebot für die Gebührenbemessung gesetzlich festgelegt und die für den Verordnungsgeber geltenden Gebührenhöchstgrenzen punktuell angehoben. Zugleich erfolgt eine Harmonisierung mit dem Bundesgebührengesetz. Die bislang subsidiär geltenden Vorschriften des Verwaltungskostengesetzes werden durch einschlägige Regelungen des Bundesgebührengesetzes abgelöst.

Die Notwendigkeit, die Gebührenhöhen in der Aufenthaltsverordnung künftig neu zu strukturieren, hat ein gemeinsam von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden durchgeführtes Projekt zur Evaluation und Messung der bislang im Ausländerrecht geltenden Gebühren gezeigt. Anlass für dieses Projekt war der Vortrag der Länder, die im Ausländerrecht für aufenthaltsrechtliche Amtshandlungen bundeseinheitlich bestimmten Gebühren seien nicht auskömmlich, weshalb die kommunalen Haushalte in diesem Bereich jährlich erhebliche Defizite zu verzeichnen hätten.

Daher war das Statistische Bundesamt beauftragt worden, belastbar zu ermitteln, ob und inwieweit die einzelnen Gebührentatbestände die tatsächlich anfallenden Kosten der Ausländerbehörden angemessen abbilden. Die Ergebnisse der Messungen des Statistischen Bundesamtes in bundesweit ausgewählten, repräsentativen Ausländerbehörden belegen, dass die in der Aufenthaltsverordnung festgelegten Gebühren zum Teil nicht kostendeckend sind und insofern eine Erhöhung notwendig ist. Um hierfür für den Verordnungsgeber den nötigen Spielraum zu schaffen, werden die bislang geltenden Gebührenhöchstgrenzen punktuell angehoben. Soweit sich in bestimmten Bereichen die geltenden Gebühren als zu hoch erwiesen haben und deshalb die in der Aufenthaltsverordnung geregelten Gebühren reduziert werden sollen, erfordert dieser Umstand keine vorbereitende Änderung der gesetzlichen Verordnungsermächtigung.

Des Weiteren erfolgt eine Harmonisierung der gebührenrechtlichen Regelungen des Aufenthaltsgesetzes mit dem Bundesgebührengesetz. Auf Grund der Beschränkung des Anwendungsbereichs des Bundesgebührengesetzes auf Bundesbehörden waren die Gesetze, in denen bundesrechtliche Gebührenvorschriften für individuell zurechenbare öffentliche Leistungen von Landesbehörden wegen des Bedürfnisses nach bundeseinheitlichen Gebührenregelungen ausnahmsweise weiterhin erforderlich sind, nicht Gegenstand der Strukturreform des Gebührenrechts des Bundes. Für die im Ausländerrecht geltenden Gebühren resultiert das Bedürfnis nach einer bundeseinheitlichen Festlegung insbesondere aus dem gesamtstaatlichen Interesse für gleiche Aufenthalts- und Lebensbedingungen von Ausländerinnen und Ausländer im Bundesgebiet. Aufenthaltsrechtliche Regelungen gelten einheitlich für das gesamte Bundesgebiet. Daraus ergibt sich das Bedürfnis, auch die Gebührenfolge im Bund einheitlich zu regeln. Dies ist auch im Interesse der Rechts- und Erwartungssicherheit für Ausländerinnen und Ausländer sinnvoll.

Die mit der Strukturreform auf Bundesebene getroffenen wesentlichen Richtungsentscheidungen sollten jedoch außerhalb der Reform nachvollzogen werden. Hierzu wird das Kostendeckungsgebot auch im Aufenthaltsgesetz gesetzlich festgeschrieben und werden die Grundlagen der Gebührenbemessung im Wesentlichen übertragen.

## **II. Alternativen**

Keine

## **III. Gesetzgebungskompetenz**

.....

Für die Änderung des Aufenthaltsgesetzes (Artikel 1) folgt die Gesetzgebungskompetenz des Bundes aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 4 des Grundgesetzes (Aufenthalts- und Niederlassungsrecht der Ausländer). Für das Aufenthalts- und Niederlassungsrecht der Ausländer steht dem Bund das Gesetzgebungsrecht zu, wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht (Artikel 72 Absatz 2 GG).

Ohne eine bundeseinheitliche Regelung des Aufenthaltsrechts wäre eine Beeinträchtigung des länderübergreifenden Rechtsverkehrs bei Einreise und Aufenthalt von Ausländern im Bundesgebiet zu erwarten und eine im gesamtstaatlichen Interesse liegende Steuerung der Zugangs- und Aufenthaltsbedingungen von Ausländern nicht möglich.

Die Bestimmung bundeseinheitlicher Gebühren im Aufenthalts- und Niederlassungsrecht dient im Besonderen der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse für Ausländer im Bundesgebiet. Hierfür ist eine Verordnungsermächtigung der Bundesregierung in § 69 des Aufenthaltsgesetzes zur Bestimmung bundeseinheitlicher gebührenpflichtiger Tatbestände sowie entsprechender Gebührensätze im Ausländerwesen erforderlich.

Die Inanspruchnahme der Gesetzgebungskompetenz erfolgt zur Wahrung der Rechtseinheit im gesamtstaatlichen Interesse, da die Voraussetzungen für Regelungen auf bundesrechtlich normierten Rechtsgebieten geschaffen werden, die sinnvoll nur ebenso wie die jeweilige Rechtsmaterie bundeseinheitlich geregelt werden können.

## **IV. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen**

.....

Die Änderungen in §§ 69 und 70 des Aufenthaltsgesetzes sind mit dem Recht der Europäischen Union und dem Völkerrecht vereinbar.

## **V. Gesetzesfolgen**

### **1. Nachhaltigkeitsaspekte**

.....

Aspekte der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie werden von dem Entwurf nicht berührt.

## **2. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand**

.....

Durch die Anpassung der §§ 69 und 70 des Aufenthaltsgesetzes entstehen Bund, Ländern und Kommunen keine Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand.

## **3. Erfüllungsaufwand**

.....

Durch die Anpassung der §§ 69 und 70 des Aufenthaltsgesetzes wird der bestehende Erfüllungsaufwand für die Bürgerinnen und Bürger nicht berührt, da nur die zulässigen Gebührenhöhe punktuell angepasst und eine Harmonisierung der Regelungen mit dem Bundesgebührengesetz vorgenommen wird. Die Systematik der Vorschriften bleibt im Übrigen unverändert. Durch die Anpassung wird daher auch kein Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft und die Verwaltung verursacht. Bürokratiekosten aus Informationspflichten ergeben sich nicht.

## **4. Weitere Gesetzesfolgen**

Gleichstellungspolitische Auswirkungen der Regelungen gibt es keine.

## **5. Weitere Kosten**

Den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft entstehen keine sonstigen Kosten. Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.



## **B. Besonderer Teil**

### **Zu Artikel 1 (Änderung des Aufenthaltsgesetzes)**

#### **Zu Nummer 1 (§ 69)**

##### **Zu Buchstabe a (§ 69 Absatz 1)**

Ausweislich der amtlichen Begründung zum Gesetz zur Strukturreform des Gebührenrechts des Bundes sind Gebührenregelungen mit einem Bedürfnis nach bundeseinheitlicher Regelung außerhalb der Strukturreform zu normieren. Dabei soll „im Interesse einer Rechtsvereinheitlichung eine Orientierung am Bundesgebührengesetz“ angestrebt werden (Bundestagsdrucksache 17/10422, Seite 81). Daher erfolgt auch in diesem Änderungsgesetz die Ersetzung des Begriffs „Amtshandlung“ durch „individuell zurechenbaren öffentlichen Leistung“ (vergleiche auch § 1 des Bundesgebührengesetzes).

##### **Zu Buchstabe b (§ 69 Absatz 2 neu)**

Der neue Absatz 2 bestimmt für die Gebührenbemessung das Kostendeckungsgebot. Hierdurch wird das nach § 69 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 Satz 2 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) in Verbindung mit § 3 Satz 1 des Verwaltungskostengesetzes (VwKostG) der Gebührenbemessung im Ausländerwesen bislang grundsätzlich zugrunde liegende Äquivalenzprinzip abgelöst, wonach ein angemessenes Verhältnis zwischen der den Verwaltungsaufwand berücksichtigenden Höhe der Gebühr einerseits und der Bedeutung, dem wirtschaftlichen Wert oder dem sonstigen Nutzen der Amtshandlung andererseits bestehen soll. Der „Preis“ für jede ausländerrechtliche öffentliche Leistung ist demnach künftig grundsätzlich die kostendeckende Gebühr, die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ermittelt worden ist.

Die kostendeckende Gebührenkalkulation nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen bezweckt, den Ressourcenverbrauch für die Erbringung einer öffentlichen Leistung vollständig in der Gebühr abzubilden. Daher sind alle auf Grund einer Vollkostenrechnung betriebswirtschaftlich ansatzfähigen Kosten einer Leistung zu berücksichtigen. Dies umfasst neben den direkten Kosten durch den Einsatz von Personal und Material auch indirekt durch Verrechnung zuzuordnende Kosten sowie kalkulatorische Kosten, wie beispielsweise Zinsen und Mieten sowie Abschreibungen. Hieraus resultiert jedoch nicht die Notwendigkeit, zur Gebührenkalkulation aufwändige betriebswirtschaftliche Verfahren einzusetzen. Vielmehr kann auf vorhandene Konzepte und Pauschalen zurückgegriffen werden. So sind im Rahmen des eingangs geschilderten Projekts Pauschalen und die Berechnungsweise für Sach- und Gemeinkosten dem Konzept der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) für die Ermittlung der Kosten eines Arbeitsplatzes (KGSt M 4/2011: Kosten eines Arbeitsplatzes, Stand 2011/2012) entnommen worden.

Eine so ausgestaltete Kalkulation entspricht der grundlegenden Zweckbestimmung der Gebühr, wonach die dem Staat anlässlich einer individuell zurechenbaren öffentlichen Leistung an den Gebührenschuldner entstehenden Kosten, ganz oder teilweise zu decken sind (Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 30. April 2003, Aktenzeichen: 6 C 5/02 mit weiteren Nachweisen). Sie hat ferner den Vorteil, eine transparente, nachvollziehbare und somit rechtssichere Gebührenbemessung zu ermöglichen.

Hingegen ließe sich bei Zugrundelegung des Äquivalenzprinzips ein über die Kostendeckung hinausgehender wirtschaftlicher Wert oder sonstiger Nutzen der verschiedenen ausländerrechtlichen Leistungen nicht verlässlich ermitteln.

Die Verankerung des Kostendeckungsgebots entspricht dem Vorgehen in anderen Bereichen. So hat sich der Gesetzgeber auf Bundesebene mit der Neufassung des Bundesge-

bührengesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) für das Kostendeckungsgebot als gesetzliches Leitprinzip der Gebührenbemessung entschieden und die Anwendung des Äquivalenzprinzips mit Blick auf die Handhabbarkeit für die Verwaltung und die Transparenz der Gebührengestaltung nur noch sehr eingeschränkt zugelassen. Das ist bei solchen individuell zurechenbaren öffentlichen Leistungen der Fall, bei denen ein wirtschaftlicher Wert oder wirtschaftlicher Nutzen finanziell quantifizierbar und damit in Geld berechenbar ist. Für die ausländerrechtlichen öffentlichen Leistungen ist dies aber nicht ohne weiteres möglich.

Die Sätze 1 bis 4 orientieren sich eng an dem am 14. August 2013 in Kraft getretenen Bundesgebührengesetz. Satz 5 stellt klar, dass bei der Gebührenkalkulation im Interesse einer bundeseinheitlichen Gebührenstruktur auf die Gesamtkosten abzustellen ist, die in allen Ländern und dem Bund zusammen für die jeweilige öffentliche Leistung entstehen. Dies bedeutet: Die Kostendeckung knüpft nicht an die spezifische Kostenstruktur des Gebühren erhebenden Landes an, sondern legt vielmehr einen generalisierenden und pauschalierenden Ansatz zu Grunde.

Auch bei Anwendung des Kostendeckungsgebots sind Verhältnismäßigkeitserwägungen zu beachten, so dass die nach den dargestellten Grundsätzen zu bemessende Gebühr nicht außer Verhältnis zu der individuell zurechenbaren öffentlichen Leistung stehen darf.

#### **Zu Buchstabe c (§ 69 Absatz 3)**

Der Verweis auf die bis zum 14. August 2013 geltende Fassung des Verwaltungskostengesetzes, das zwischenzeitlich durch das Bundesgebührengesetz abgelöst wurde, entfällt. Stattdessen wird ein neuer Satz 2 angefügt, der im Interesse einer bundeseinheitlichen Handhabung die ergänzende Anwendung von Vorschriften des Bundesgebührengesetzes festlegt. Entsprechend angewendet wird die Begriffsbestimmung der individuell zurechenbaren öffentlichen Leistung, soweit Handlungen in Ausübung hoheitlicher Befugnisse sowie sonstige Handlungen, die im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Verwaltungstätigkeit erbracht werden (§ 3 Absatz 1 Nummer 1 und 4 BGebG) sowie die in § 3 Absätze 2 -6 BGebG definierten Begriffe „individuell zurechenbare Leistung“, „Kosten“, „Gebühren“, „Auslagen“ und „Behörde“. Ebenfalls entsprechend anwendbar sind die Regelungen zur Entstehung der Gebührenschuld, zum Gebührengläubiger und zum Gebührenschuldner (§§ 4 bis 6 BGebG), die in § 7 Nummern 1 bis 5 sowie 7, 8 und 10 bezeichneten Bereiche der sachlichen Gebührenfreiheit, die Regelungen zur persönlichen Gebührenfreiheit (§ 8 BGebG), zur Erhebung von Gebühren in besondere Fällen (§ 10), zu den Gebührenarten (§ 11) und zu den Auslagen (§ 12). Schließlich finden auch die Regelungen der §§ 13 - 21 BGebG Anwendung, z.B. zur Gebührenfestsetzung, zur Fälligkeit oder zur Zahlungsverjährung. Ausdrücklich wird auch der in § 9 Absatz 3 BGebG festgeschriebene Verhältnismäßigkeitsgrundsatz hinsichtlich der Gebührenhöhe für anwendbar erklärt. Die Vorgaben zur Kalkulation der Gebühren ergeben sich bereits aus dem neuen Absatz 2 (vergleiche Buchstabe b).

Die Gebührenfestsetzung und Bekanntgabe durch die Ausländerbehörden erfolgt in der Regel mündlich im Rahmen der Vornahme der Amtshandlung beziehungsweise der öffentlichen Leistung (vergleiche § 14 Absatz 1 Verwaltungskostengesetz in der bis zum 14. August 2013 geltenden Fassung). Eine Beschränkung auf eine schriftliche oder elektronische Festsetzung wäre mit den Verwaltungsabläufen in den Ausländerbehörden nicht zu vereinbaren. Daher wird abweichend von § 13 Bundesgebührengesetz mit Satz 3 auch eine mündliche Festsetzung und Bekanntgabe zugelassen. Als Fälligkeitszeitpunkt werden die Ausländerbehörden regelmäßig die Bekanntgabe festlegen.

#### **Zu Buchstabe d (§ 69 Absatz 4)**

Nach den Ergebnissen der Evaluation der sonstigen aufenthaltsrechtlichen öffentlichen Leistungen sind die in § 47 der Aufenthaltsverordnung bestimmten Gebühren nicht kos-

tendeckend. Dabei ist die Spanne der Kostenunterdeckung sehr breit. Sie reicht - je nach Amtshandlung beziehungsweise öffentlicher Leistung - von 1,85 Euro bis zu ca. 140 Euro. Um eine kostendeckende Gebühr in der Aufenthaltsverordnung festsetzen zu können, ist eine moderate Anhebung des Gebührenrahmens in Nummer 5 um 20 Euro sowie in Nummer 8 um 40 Euro erforderlich. Um auch im Fall der höchsten Unterdeckung eine kostendeckende Gebühr in der Aufenthaltsverordnung festsetzen zu können, ist zudem eine deutliche Anhebung des Gebührenrahmens in Nummer 6 erforderlich. Im Übrigen handelt es sich bei den Änderungen um Anpassungen an die Begrifflichkeiten des Bundesgebührengesetzes. Insoweit wird auf die Begründung zu Buchstabe a verwiesen.

#### **Zu Buchstabe e (§ 69 Absatz 5)**

##### **Zu Doppelbuchstabe aa**

Auf die Begründung zu Buchstabe a wird verwiesen.

##### **Zu Doppelbuchstabe bb**

Der Verweis wird vor dem Hintergrund der Einfügung eines neuen Absatzes 2 angepasst (Folgeänderung zu Nummer 1 Buchstabe b). Im Übrigen wird auf die Begründung zu Buchstabe a verwiesen.

##### **Zu Doppelbuchstabe cc**

Der Verweis wird angepasst (Folgeänderung zu Nummer 1 Buchstabe b).

#### **Zu Buchstabe f (§ 69 Absatz 6)**

Auf die Begründung zu Buchstabe a wird verwiesen.

##### **Zu Doppelbuchstabe aa**

##### **Zu Dreifachbuchstabe aaa**

Der Verweis wird angepasst (Folgeänderung zu Nummer 1 Buchstabe b).

##### **Zu Dreifachbuchstabe bbb**

Auf die Begründung zu Buchstabe a wird verwiesen.

##### **Zu Doppelbuchstabe bb und Doppelbuchstabe cc**

Auf die Begründung zu Buchstabe a wird verwiesen.

#### **Zu Buchstabe g (§ 69 Absatz 7)**

##### **Zu Doppelbuchstabe aa**

##### **Zu Dreifachbuchstabe aaa**

Der Verweis wird angepasst (Folgeänderung zu Nummer 1 Buchstabe b).

##### **Zu Dreifachbuchstabe bbb bis Dreifachbuchstabe ccc**

Auf die Begründung zu Buchstabe a wird verwiesen.

### **Zu Doppelbuchstabe bb**

Auf die Begründung zu Buchstabe a wird verwiesen.

### **Zu Nummer 2 (§ 70)**

#### **Zu Buchstabe a (§ 70 Absatz 1)**

Der Verweis auf § 17 des bis zum 14. August 2013 geltenden Verwaltungskostengesetzes entfällt. Die Nachfolgeregelung des Bundesgebührengesetzes findet über § 69 Absatz 3 Satz 2 Anwendung.

#### **Zu Buchstabe b (§ 70 Absatz 2)**

Die Verweisung auf die Bestimmung im Verwaltungskostengesetz in der bis zum 14. August 2013 geltenden Fassung ist nicht mehr erforderlich. Die Nachfolgeregelung des Bundesgebührengesetzes findet über § 69 Absatz 3 Satz 2 Anwendung. Zudem wird der Begriff „Kostenschuldner“ durch „Schuldner“ ersetzt. Damit werden sowohl die Gebührenschuldner nach § 69 als auch die Kostenschuldner nach § 66 erfasst.

### **Zu Artikel 2 (Inkrafttreten, Außerkrafttreten)**

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten. Um den Ausländerbehörden ausreichend Zeit für erforderliche Vorbereitungsmaßnahmen, die zur Umsetzung des Gesetzes zwingend notwendig sind, zu gewähren, tritt das Gesetz erst zu Beginn des zweiten auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft.